37. Jahrgang Nr. 424

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Mittwoch, 10. September 1919

Besetzung Oberschlesiens?

Ein Telegramm Duponts an den Obersten Rat.

Haag, 10. September.

Aus London wird gemeldet: Reuter berichtet, daß der Chef der alliierten Mission in Oberschlesien, General Dupont, beschloß, sofort ein Telegramm nach Paris zu schicken, in dem die Notwendigkeit einer Besetzung Oberschlesiens durch alliierte Truppen hervorgehoben wird. Diese Besetzung kann aus technischen Gründen nicht vor dem 20. September stattfinden.

*

Wie die „P. P. N." erfahren, ist von der Aktion des Generals Dupont an keiner zuständigen deutschen Stelle etwas bekannt: „Es spricht auch nicht das geringste dafür, anzunehmen, daß die nunmehr zurückgekehrte Ententemission zu einem derartigen Entschluß gekommen sei."

*

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" mitteilt, wird der Preußischen Landesversammlung voraussichtlich sofort nach ihrem Zusammentritt in der zweiten Hälfte dieses Monats ein Gesetzentwurf über die Verleihung der Provinzialautonomie an Oberschlesien zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt werden.

Krawall in Glogau.

Eingreifen des Militärs. — Fünf Tote.

Glogau, 10. September.

Wie in Breslau und Schweidnitz suchte auch hier eine Menschenmenge eine Senkung der Preise auf dem Wochenmarkt zu erzwingen. Die Absicht gelang ohne Radauszenen, veranlaßte aber eine erregte Stimmung unter der Bevölkerung, die den ganzen Tag anhielt und zu starken Ansammlungen in der Langen Straße führte. Die Ansammlungen wurden später immer stärker, blieben zwar zurückhaltend, konnten aber zum Auseinandergehen nicht bewogen werden. In der neunten Abendstunde wurde Militär herbeigeholt. Als die Menge den Soldaten die Gewehreentreißen wollte, wurde das Feuer eröffnet. Fünf Personen wurden getötet. Sämtliche Straßenkreuzungen sind mit Maschinengewehren abgesperrt. Die Nacht verlief ruhig. Die Erregung ist sehr groß.

Die Antwort kein Ultimatum?

Noch kein Beschluß der Alliierten.

Versailles, 9. September.

Der Oberste Rat der Alliierten konnte heute noch zu keinem Entschluß bezüglich der deutschen Note betreffend Artikel 61 der Reichsverfassung kommen. „Daily Mail" behauptet, die Antwort werde keinem Ultimatum gleichkommen.

Was bringt die Note?

Amerikanisches Entgegenkommen.

Lugano, 9. September. (D. A. Ztg.)

Als Gegenäußerung zur Antwort der deutschen Regierung auf das Ultimatum des Obersten Rats hatte die französische Konferenz-Delegation, wie der „Corriere" meldet, eine neue nachdrückliche Note vorgeschlagen, an der an den Forderungen des Ultimatums unverändert festgehalten worden wäre. Die amerikanische Delegation lehnte jedoch diese Art der Erledigung ab und erklärte, einen neuen eigenen Vorschlag einreichen zu wollen. **Die Amerikaner teilen die französische Auffassung nicht, wonach Art. 80 des Versailler Friedensvertrages den Anschluß Oesterreichs an Deutschland verbiete, da ja ausdrücklich die Möglichkeit des Anschlusses durch Zustimmung des Völkerbundes gewährleistet werde.** Wahrscheinlich wird die amerikanische Delegation der deutschen Regierung einen Weg weisen, durch den sie sich ehrenvoll aus der heiklen Lage befreien könnte.

Bulgariens Friede.

Versailles, 9. September.

Wie „Temps" wissen will, steht noch nicht fest, wann und in welcher Form der bulgarischen Friedensdelegation der Friedensvertragsentwurf überreicht werden wird.

Dewet für Rückgabe Deutsch-Südwestafrikas.

Amsterdam, 10. September.

Der „Daily Telegraph" meldet aus Kapstadt, General Dewet habe durch Vermittlung des nationalistischen Organs „Volksblad" in Bloemfontein ein Manifest veröffentlicht, er wolle über die ungesetzliche Eroberung von Deutsch-Südwest- und Ostafrika nicht länger schweigen, und er müsse jetzt, wo Botha tot sei, zu seinem Leidwesen mit der nackten Wahrheit herausrücken. Die wirkliche Ursache für den Aufstand von 1914, an dem er teilgenommen habe sei der ungerechtfertigte Angriff auf das deutsche Gebiet gewesen, und er beabsichtige deshalb, eindringlich an das Volk von Südafrika zu appellieren, es möge die Regierung zwingen, die deutschen Kolonien ihren rechtmäßigen Eigentümern zurückzugeben. Er erklärte öffentlich, er werde, obwohl noch interniert, die Regierung nicht noch einmal um Erlaubnis fragen, wenn er seinen Distrikt zu verlassen wünsche.

Der alte, sympathische Burengeneral wird mit seinem Eintreten für das Recht gegen die Begehrlichkeit seiner Landsleute ohne Erfolg bleiben.

Für die Rückbeförderung der Russen. Aus Wien wird gemeldet: Gestern fand, wie der Telegraphen-Union mitgeteilt wird, eine Massenversammlung der Frauen und Mütter statt, die die sofortige Rückbeförderung der russischen Kriegsgefangenen verlangt. Der Referent erklärte, daß der Rücktransport 750 Millionen Kronen kosten würde, daß aber das Haupthindernis die Bereitstellung der Transportmittel sei, mit denen wir von der Entente abhängig sind. Der Redner appellierte an die ganze Welt, vor allem an die Frauen und Mütter, damit die Kriegsgefangenen baldmöglichst in ihre Heimat zurückgesandt werden.

Haase als Pessimist.

Warnung vor Revolutionshoffnungen. — Die Reichskonferenz der Unabhängigen.

Gestern begann in Berlin die Reichskonferenz der Unabhängigen. Hierbei hielt der Parteiführer Hugo Haase ein Referat über die politische Lage. Haase führte u. a. folgendes aus: Das Charakteristische an der politischen Lage ist, daß wir seit acht Monaten eine Regierung haben, die sich nur durch den Belagerungszustand halten kann. Sie würde ihn auch gar nicht aufgeben können, weil das Militär tatsächlich die ausschlaggebende Macht besitzt. Oberst Reinhard nannte die Regierung ein Gespinst, trotzdem hat man nicht gewagt, ihn zur Verantwortung zu ziehen. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß eine gewisse Ermüdung im Proletariat eingetreten ist. Auch die Kommunisten erkennen die Situation richtig und rechnen sogar mit der Möglichkeit, daß die **revolutionäre Stimmung noch weiter absinkt.**

Es ist ganz falsch, wenn Geyer in der „Leipziger Volkszeitung" ein akutes Stadium der Revolution schon für die nächsten Monate als sicher ankündigt.

Dennoch brauchen wir nicht kleinmütig zu werden. Es sind genug vorwärtstreibende Elemente vorhanden. Schon die Steuerpolitik der Regierung muß immer wieder den Widerstand des Proletariats herausfordern. Die wirtschaftliche Not kann dazu führen, daß wir bald wieder in eine neue verschärfte Revolutionsphase hineinkommen. **Es kann aber auch sein, daß es länger dauert,** bis die Welle wieder einen Hochwunsch erreicht. Auch damit müssen wir rechnen und dürfen nicht alles auf eine Karte setzen, dürfen nicht die Hasardeurpolitik eines Ludendorff anwenden. Die Frage einer Beteiligung an der Regierung ist im Grunde eine Doktorfrage. Eine Regierung mit Bürgerlichen kommt gar nicht in Frage. Das Experiment einer Regierungsbildung mit den Rechtssozialisten ist an deren unrevolutionären Verhalten gescheitert. Auf dem Boden der jetzt beschlossenen Verfassung ist ein Mitarbeiten in der Reichsregierung vollends nicht denkbar. In den Einzelstaaten ist die **Uebernahme der Regierungsgewalt sehr wohl möglich** und angebracht, wenn unsere Genossen die Mehrheit haben. Unsere Aufgabe muß es sein, das revolutionäre Bewußtsein zu stärken, die Situation richtig zu erkennen und zu nutzen. Dann wird auch über kurz oder lang die Zeit kommen, wo wir die Regierungsgewalt ergreifen und wirklich dauernd festhalten können.

Nach Haase sprach Curt Geyer (Leipzig), der im Sinne seiner Artikel in der „Leipziger Volkszeitung" für das Rätesystem eintrat. Es folgte sodann eine Diskussion.

Um die Internationale.

Die Urabstimmung in Schweden.

Stockholm, 8. September. („Freiheit".)

Die innerhalb der schwedischen linkssozialistischen Partei in 117 Gemeinden vorgenommene Urabstimmung hat ergeben: 4318 Stimmen für Anschluß an Moskau ohne Vorbehalt, 2043 Stimmen für Anschluß mit Vorbehalt und 255 für Lindhagens humanistisches Programm.

*

Die vorstehenden Ziffern beweisen eine äußerst geringe Wahlbeteiligung oder die zahlenmäßige Schwäche der schwedischen Unabhängigen.

Die Kosten der Revolutionsräte.

Zu der von einigen Blättern gebrachten Nachricht, daß der Finanzminister eine Denkschrift über die Finanzgebarung der Arbeiter- und Soldatenräte herausgegeben beabsichtigt, wird der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" von eingeweihter Seite mitgeteilt:

„Bei vielen Arbeiter- und Soldatenräten kann lediglich festgestellt werden, wieviel verbraucht worden ist. Der Verbrauch, der im ganzen über 90 Millionen beträgt, läßt sich im einzelnen jedoch nicht nachweisen, teils, weil die betreffenden Persönlichkeiten unauffindbar sind, teils deshalb, weil überhaupt nicht Buch geführt worden ist. Eine besondere ordnungsmäßige Buchführung, wie sie besonders der auch von Ludendorff in seinem Werke erwähnte Soldatenrat der 4. Armee aufzuweisen hat, bildet eine Ausnahme."

Weiter wird darauf aufmerksam gemacht, daß der übermäßige und in seinen einzelnen Teilen nicht nachweisbare Verbrauch vielfach auf das Konto der Arbeiter- und nicht der Soldatenräte zu setzen ist.

Ein demokratisches Jugendorgan! Der Reichsbund der Deutschdemokratischen Jugendvereine teilt mit, daß nunmehr das vom 1. Berliner Jugendtag beschlossene demokratische Jugendorgan gegründet wurde und unter dem Titel „Die Demokratische Jugend" im Verlage und unter Leitung des Berliner jungen Demokraten Erwin Löwe erscheinen wird. Die Zeitschrift wird ab Oktober an jedem 10. und 25. des Monats im Format großoktav, 24 Seiten stark, zur Ausgabe gelangen. Preis pro Heft 50 Pfennig, vierteljährlich 3 Mark, jährlich 10 Mark. Zuschriften, Anfragen und Bestellungen sind zu richten an den Verlag „Die Demokratische Jugend", Erwin Löwe, Berlin W 57, Bülowstr. 61.

Ueberfluß in Australien. Nach einer Meldung aus London lagern in Sidney mehr als drei Millionen Tonnen Getreide, 50 000 Tonnen Fleisch, 20 000 Tonnen Gefrierkaninchen, 60 000 Tonnen anderer Lebensmittel und 1 320 000 Tonnen Waren, die wegen Mangels an Schiffsraum nicht abtransportiert werden können.

Kardinal Mercier in New-York. Laut Pressebureau Radio ist Kardinal Mercier in New-York angekommen.

Eine „Köpenickiade".

Die Haussuchung bei der sozialdemokratischen Einigungsstelle.

Unter der Ueberschrift „Der Elefant im Porzellanladen" hatten wir kürzlich von einer tollen Haussuchung in der „Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie", Potsdamer Straße 27b, berichtet. In der Mitteilung war gesagt worden, daß die Untersuchung durch zwei Beamten des Reichswehrgruppenkommandos I erfolgte. Wie der „Vorwärts" mitteilt, wurde von dem Leiter der Nachrichtenstelle des Kommandos, Oberleutnant Knauth, auf eine Beschwerde hin, erwidert, daß von seiner Behörde niemals eine derartige Haussuchung veranlaßt worden sei; der Herr Oberleutnant fügte noch hinzu, daß die ganze Geschichte nur eine Köpenickiade gewesen sein könne.

Nun habe sich aber am gestrigen Dienstag dies zugetragen:

„Am Nachmittag erschienen in der Wohnung des Schriftleiters der Zeitschrift „Der Marxist", Prinzwalker Straße 1, dieselben angeblichen Beamten des Reichswehrgruppenkommandos, um auch dort eine Haussuchung vorzunehmen. Der also belästigte, Genosse R., Mitglied der Zentralstelle für Einigung, erkannte die beiden gleich wieder und erklärte, gemäß der von Herrn Oberleutnant Knauth gegebenen Auskunft, daß er zunächst die Polizei anrufen müsse, damit diese der Haussuchung beiwohne. Darauf — ergriffen die beiden die Flucht! Der eine wurde in dem Hause Prinzwalker Straße 2 auf dem Boden festgenommen, während der zweite durch die Turmstraße entkommen war.

Soweit schien sich die Annahme einer Köpenickiade zu rechtfertigen, aber es kam ganz anders. Auf das 75. Polizeirevier gebracht, erklärte nämlich der eingefangene Flüchtling, daß er — Agent der Nachrichtenabteilung des Generalkommandos Lüttwitz sei und berief sich auf die Nachrichtenoffiziere Hauptmann Böse und Oberleutnant Menckwitz. Dem recherchierenden Kriminaloberwachtmeister Fritze wurde telephonisch von diesen beiden Herren bestätigt, daß tatsächlich der Festgenommene wie der Entflohene Agenten des Generalkommandos Lüttwitz seien."

Der „Vorwärts" begnügt sich vorerst mit der Feststellung des Tatbestandes und fragt „Wer kommandiert im Generalkommando Lüttwitz?" Wir meinen, daß das Mehrheitsblatt diese Frage nicht erst hätte zu stellen brauchen, da es nachgerade für jedermann, der Augen und Ohren hat, erkennbar geworden ist, daß verschiedene Militärs sich den Teufel um Vorschriften und Gesetze kümmern. Aber was wird getan werden, um derartige „Köpenickiaden" ein für allemal unmöglich zu machen?

Die Organisation der „Technischen Nothilfe".

Gegen die spartacistische Sabotage-Organisation.

Ueber Richtlinien und Organisation der Technischen Nothilfe der Reichswehr, über die wir bereits berichteten, erfahren wir noch:

„Die Verwendung der Technischen Nothilfe beschränkt sich auf die Aufrechterhaltung der lebenswichtigen Betriebe durch Notstandsarbeiten. Lebenswichtige Betriebe sind Gas, Wasser, Elektrizität, Eisenbahn, Post, Telegraphie, Berg- und Hüttenwesen, Landwirtschaft. Es wird keine produktive, sondern nur Erhaltungsarbeit geleistet. Die Technische Nothilfe will in erster Linie die Arbeiterschaft heranziehen. Es ist demnach die Hauptaufgabe der Propaganda, die überwiegende Mehrzahl ihrer Mitglieder in Arbeiterkreisen zu gewinnen. Die Mitglieder der Technischen Nothilfe sind auf Arbeitsdisziplin verpflichtet. Führer in den Verbänden können nur technisch erfahrene Fachleute werden. Diese brauchen nicht Heeresangehörige gewesen zu sein. Mit allen Mitteln wird darauf hingearbeitet, die Aufgaben der Technischen Nothilfe von den örtlichen Verbänden allein, unter möglichster Einschränkung der Inanspruchnahme auswärtiger Hilfe, erfüllen zu lassen.

Es sind bis jetzt 30 000 Freiwillige gewonnen, denen im Einberufungsfalle Entschädigung, Bekleidung und Verpflegung sowie notfalls Invaliden- und Hinterbliebenenentschädigung garantiert ist. Es werden Fachleute, aber auch ungelernte Arbeiter gesucht."

Die „Technische Nothilfe" soll mit besonderer Beschleunigung ausgebaut werden, weil nach zuverlässigen Mitteilungen eine kommunistisch-spartacistische Streik- und Zerstörungsorganisation in der Bildung begriffen ist, die sich gleichfalls der Hilfe fachmännischer Kräfte bedient. Es ist zu befürchten, daß diese Sabotageorganisation das deutsche Wirtschaftsleben lahmlegen wird, wenn nicht eine Gegenorganisation entsteht. Im Winter, bei den leider zu befürchtenden Unruhen, dürfte sich dies zeigen.

Die Zentrale und Anmeldestelle für Berlin befindet sich Potsdamer Straße 83a.

Politische Nachrichten.

Die Uebersiedlung der Nationalversammlung von Weimar nach Berlin ist beendet. Das Bureau der Nationalversammlung befindet sich jetzt im Reichstagsgebäude in Berlin. Vom 23. September ab tagen bereits Ausschüsse im Reichstag.

Aus Kassel wird gemeldet: Scheidemann ist aus der Schweiz zurückgekehrt und wird am Donnerstag abend im „Stadtparkgarten" über die politische Lage sprechen.

Wie die „Dene" von zuständiger Seite erfährt, wird die Vereidigung der Offiziere und Mannschaften der Reichswehrtruppen noch in dieser Woche stattfinden.

Der dänische Kartoffelreichtum. Die dänische Kartoffelernte ist außerordentlich groß. Man schätzt sie auf 13 bis 14 Millionen Tonnen. Etwa 6 Millionen Tonnen stehen der Ausfuhr zur Verfügung.

Ratifizierung in Brasilien. Nach einer Meldung aus Rio de Janeiro wurde der Friedensvertrag von Versailles von der brasilianischen Deputiertenkammer ratifiziert.